

Krankenhaus

Mehr Nachweise von antibiotikaresistenten Keimen

In nahezu jeder dritten Probe fanden sich im vergangenen Jahr Resistenzen.



Foto: mauritius images

Bei einer wachsenden Zahl von Patienten in Deutschland werden Keime mit Resistenzen gegen wichtige Reserveantibiotika nachgewiesen. Das geht aus Daten des Nationalen Referenzzentrums für gramnegati-

ve Krankhauserreger (NRZ) der Ruhr-Universität Bochum hervor, die das Robert Koch-Institut (RKI) kürzlich veröffentlichte. Daten von Patienten mit Verdacht auf Antibiotikaresistenzen zeigen: 2017 fanden sich in fast jeder dritten Probe Carbenemase. Das sind Enzyme, die von Bakterien produziert werden und Resistenzen unter anderem gegen Reserveantibiotika aus der Gruppe der Carbeneme verursachen. Insgesamt waren es 2 533 solcher Fälle (2016: 2 262). Bei betroffenen Patienten fallen damit die meisten sehr gut wirksamen Antibiotika aus – Ärzte müssten auf die „Reserve der Reserve“ zurückgreifen, sagte der Biologe Niels Pfennigwerth vom NRZ.

Als besorgniserregend beschreiben die Autoren um Pfennigwerth insbesondere eine merkliche Zu-

nahme von Keimen mit mehr als einer Carbenemase. Die Folge: Die Therapiemöglichkeiten würden in der Regel noch weiter eingeschränkt. Der NRZ-Bericht basiert auf gut 8 000 Proben (2016: 7 402) vor allem von Krankenhauspatienten, die 355 Labore in Deutschland 2017 an das NRZ schickten. Solche Abklärungen gibt es in der Regel dann, wenn bei einem Patienten mehrere Antibiotika nicht ansprechen. Bei einem wachsenden Teil von Proben geht es auch um die Frage, ob Resistenzen gegen das Reserveantibiotikum Colistin vorliegen. Die Zunahme an Einsendungen um fast acht Prozent sind für Pfennigwerth Zeichen eines gestiegenen Bewusstseins für diese Erreger, aber ebenso Folge einer tatsächlichen Zunahme von Resistenzen. **dpa**

Pflegerkräfte

Heil will befristete Visa

In der Debatte um das geplante Fachkräfte-Einwanderungsgesetz ist Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) dafür, Bewerbern aus besonders nachgefragten Berufen wie der Pflege eine befristete Einreise zum Zweck der Arbeitssuche zu gestatten. „Ich kann mir vorstellen, dass Pflegekräfte aus dem Ausland für ein halbes Jahr nach Deutschland kommen und sich hier Arbeit suchen“, sagte er der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*. Sollte ihnen das nicht gelingen, müssten sie nach Ablauf der Zeit wieder zurück: „Der Bezug von Sozialleistungen muss natürlich ausgeschlossen sein.“ Bei dem Gesetz dürfe es „nicht nur um höchstqualifizierte Arbeitnehmer“ gehen, betonte Heil. Es sei wichtig, „möglichst unbürokratische Prozesse einzurichten“. Die SPD hatte nach dem Unionsstreit um die Flüchtlingspolitik durchgesetzt, dass im Gegenzug noch in diesem Jahr ein Einwanderungsgesetz für Fachkräfte vom Kabinett beschlossen werden soll. **kna**

Neue Ausschreibung

Bundesinstitut stockt Cannabisvolumen auf

Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) hat eine neue Ausschreibung für den Anbau und den Kauf von Cannabis zu ausschließlich medizinischen Zwecken veröffentlicht. Die Ausschreibung umfasst jetzt statt der ur-

Auffassung eines Unternehmens bestätigt, die verbleibende Frist zur Einreichung der vollständigen Bewerbungsunterlagen sei nach einer Änderung des Verfahrens nicht mehr ausreichend gewesen. Insgesamt hatten sich an der ersten Ausschreibung 118 Bieter beziehungsweise Bietergemeinschaften beteiligt.

Das BfArM plant die Zuschlagserteilung in diesem neuen Ausschreibungsverfahren für die erste Jahreshälfte 2019. Die neue Ausschreibung sieht statt zehn Losen 13 Lose zu je 200 Kilogramm Jahresmenge in einem Zeitraum von vier Jahren vor. Die in Deutschland zu produzierende Menge wurde damit um etwa 950 Kilogramm pro Jahr aufgestockt. Bei erfolgreichem Ablauf geht das BfArM davon aus, dass Cannabis voraussichtlich ab 2020 aus dem Anbau in Deutschland zur Verfügung stehen wird. Der Anbau in Deutschland soll zur Versorgung schwerkranker Patienten beitragen. **gie**



Foto: dpa

Derzeit wird Cannabis noch ausschließlich aus dem Ausland nach Deutschland importiert.

sprünglich geplanten 6,6 Tonnen ein Gesamtvolumen von 10,4 Tonnen Cannabis. Eine erste Ausschreibung hat das BfArM aufgrund eines Beschlusses des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom März 2018 aufheben müssen. Das Gericht hatte die